

rium für Wirtschaft und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Haroldstr.4, 4000 Düsseldorf 1. Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, mit der Provinz Jiangsu eine Partnerschaft abzuschließen.

In seiner Eröffnungsansprache gab der Präsident der Investitionsgesellschaft, You Xu, einen Überblick über die Aktivitäten der Gesellschaft. Bislang habe die Gesellschaft in 30 Joint Ventures investiert, darunter 13 Joint Ventures mit ausländischen Firmen. Die Gesamtinvestitionen betragen 270 Mio. Yuan. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein wichtiger Handelspartner der Provinz. 1985 betragen die Exporte der Provinz in die Bundesrepublik 66,89 Mio. US\$, während die Bundesrepublik ihrerseits Waren im Werte von 35,89 Mio. US\$ exportierte. Die deutschen Exporte bestanden im wesentlichen aus Maschinen für die Leicht- und Textilindustrien, Werkzeugmaschinen, Hebemaschinen, Stahl sowie chemische Rohmaterialien.

You fügte hinzu, daß 6 Städte in der Provinz die gleichen wirtschaftlichen Entscheidungsrechte hätten wie die Provinzregierung. Sie könnten über Projekte mit einem Maximalanteil von ausländischen Investitionen in Höhe von 5 Mio. US\$ entscheiden. Diese Städte seien Nantong, Lianyungang, Suzhou, Wuxi, Changzhou und Nanjing, die Hauptstadt. Die anderen Städte der Provinz hätten das Recht, über Projekte bis zur Höhe von 2 Mio. US\$ zu entscheiden. Entsprechend dem 7. Fünfjahresplan der Provinz beabsichtigt Jiangsu, 1986 ausländische Technologie und Ausrüstungen im Werte von 100 Mio. US\$ zu importieren. Die hier in Frage kommenden Industriesparten seien die Leichtindustrie, die Textilindustrie, die Maschinenbau- und Elektronikindustrien sowie die chemische Industrie. Die Investitionsgesellschaft wolle auch Anleihen im Werte von 50 Mio. US\$ im Ausland platzieren.

Die insgesamt 47 Projekte, die Interessenten aus der Bundesrepublik, aus den Niederlanden, aus Belgien, Frankreich, der Schweiz, Österreich und Italien angeboten werden sollen, liegen in Kurzbeschreibung als Broschüre vor. -lou-

*(28)

Chinesische Arbeitsdienstleistungen im Ausland erweitert

Nach Angaben von Huang Wenjun, einem Funktionär des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, schloß die Volksrepublik im Jahre 1985 Verträge über Ingenieur- und Arbeitsdienstleistungen im Ausland in Hö-

he von insgesamt 1,19 Mrd. US\$ ab. Seit 1979 seien Verträge in Höhe von insgesamt 5,1 Mrd. US\$ abgeschlossen worden, von denen bereits 2,48 Mrd. US\$ während dieser Periode realisiert worden seien.

Mehr als 59.000 chinesische Ingenieure, Techniker und Arbeiter sind in überseeischen Projekten tätig. Mehr als 60 chinesische Gesellschaften haben sich in mehr als 2.600 Auslandsprojekten engagiert, darunter Dammbau, Straßen- und Hausbau in 85 Ländern und Regionen. Im Jahre 1985 seien 68 Joint Ventures im Nischhandelsbereich gegründet worden, so daß es jetzt insgesamt 148 solcher Unternehmen im Ausland gäbe. Diese Unternehmen befinden sich in über 40 Ländern und Regionen, die gesamte Investitionssumme betrage 277 Mio. US\$, so teilte Huang Wenjun mit. (XNA, 30.1.1986) -lou-

WIRTSCHAFT

*

*

*(29)

Kontrolle des Investbaus und Anpassung der Investitionsstrukturen gefordert

Am 13.2. veröffentlichte die Nachrichtenagentur Xinhua einen Kommentatorartikel unter dem Titel: "Der Umfang des Investbaus muß kontrolliert und die Investitionsstrukturen müssen noch mehr angepaßt werden." Es wird festgestellt, daß die Lage in einigen Gebieten zeige, daß die von den Zentralbehörden immer wieder betonte Richtung der Kontrolle des Umfangs des Investbaus noch nicht gut durchgeführt worden sei. Vorläufigen Statistiken der entsprechenden Stellen zufolge hätten die Investitionen im Investbau im Jahre 1985 gegenüber dem Jahre 1983 um 75% zugenommen, womit die Zuwachsrate des Volkseinkommens in diesen beiden Jahren in Höhe von 28% bei weitem übertraffen worden sei.

Jetzt blähe sich der Gesamtumfang des Investbaus einerseits rapide auf, während es andererseits bei den Investitionsstrukturen zu irrationalen Erscheinungen gekommen sei. Zum Beispiel verlangsame sich der produktive Aufbau, während der nichtproduktive Aufbau stark zunähme. Schwerpunktbereiche des Aufbaus, wie z.B. Energie, Verkehr, Rohstoffindustrie usw., seien anteilmäßig zurückgefallen, während der allgemeine verarbeitende Sektor anteilmäßig gestiegen sei. Ferner heißt es, der Grund dafür, daß der Umfang des Investbaus zu groß und die Investitionsstrukturen nicht rational seien, liege in erster Linie darin, daß zahlreiche Gebiete, Abteilungen und Betriebe

die Direktiven der Zentralbehörde zur Kontrolle des Umfangs der Anlagevermögen nicht gewissenhaft durchgeführt hätten. An vielen Stellen habe man, nachdem Geld vorhanden gewesen sei, sich mit Vorliebe Projekten der verarbeitenden Industrie mit kurzer Bauzeit und schnellem Gewinn gewidmet oder keineswegs dringend benötigte Gebäude und Plätze gebaut. Bei Energie- und Verkehrsprojekten sowie solchen der Rohstoffindustrie, die eine lange Bauzeit haben und bei denen man nicht in kurzer Zeit Geld verdienen kann, habe es dagegen an Begeisterung gemangelt.

Weiter heißt es, es sei ganz klar, daß die gegenwärtig dringendste Aufgabe die Kontrolle des Umfangs des nichtproduktiven Investbaus und der allgemeinen verarbeitenden Industrie und die Ausweitung der finanziellen und materiellen Ressourcen zu Ankurbelung des Aufbaus der Energie, des Verkehrs und der Rohstoffindustrie sei. Nur wenn Energie und Rohstoffe in ausreichendem Maße vorhanden seien und die Transportkapazität zugenommen habe, habe die verarbeitende Industrie und die ganze Wirtschaft des Landes eine stabile Grundlage und könne eine relativ schnelle Entwicklung erzielen.

Abschließend wird in dem Artikel betont, bei der Kontrolle des Umfangs des Investbaus und der Anpassung der Investitionsstrukturen müßten überall und von allen Abteilungen der Widerspruch zwischen dem partikulären und dem Gesamtnutzen und der Widerspruch zwischen dem kurz- und dem langfristigen Nutzen volle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Bei laufenden Projekten sollte gewissenhaft überlegt werden, das zu Bewahrende sollte entschlossen bewahrt, das Aufzugebende entschlossen aufgegeben werden. (Xinhua, 13.2.1986) -lou-

*(30)

Zehn Mrd. Yuan für das Telekommunikationswesen in den nächsten fünf Jahren

Die Volksrepublik will in den nächsten fünf Jahren 10 Mrd. Yuan für die Verbesserung des Telekommunikationswesens im Lande ausgeben. Dieser Betrag sei das Doppelte dessen, was in den letzten fünf Jahren ausgegeben worden sei.

Die chinesische Telekommunikationstechnologie ist weit hinter den Weltstandards zurück, und die Frage erhebt sich, wieviel Devisen das Land bereit ist für den Import von Ausrüstungen in diesem Gebiet auszugeben.

Funktionäre aus den Provinzen berichteten, daß ihre Pläne zur Verbesserung des Kommunikationssystems kürzlich revidiert werden mußten. Der Grund dafür sind die strafferen Regierungskontrollen für die Verwendung von Devisen und die strikteren Regeln über Technologieimporte. Im Jahre 1985 wurden zwei Joint Ventures, eines in Shanghai und das andere in Chongqing, zur Herstellung von Telefonausrüstungen errichtet. Die Nachfrage nach dieser Technologie wird jedoch weit hinter den Lieferungen zurückbleiben.

Die Volksrepublik plant, bis Juni 1986 das Direktwahlssystem im Telefondienst für sieben große Städte, und zwar die Hauptstadt Beijing, Shanghai, Guangzhou, Tianjin, Fuzhou, Xiamen und Qinhuangdao, einzuführen. Bis Ende des Jahres 1987 wird der Anschluß an das internationale Direktwahlssystem erwartet.

China hat nur 2 Mio. Telefone, das ist eine der niedrigsten Telefonraten in der Welt. Bis 1990 sollen insgesamt 13 Mio. Telefone, die durch Computer gesteuert werden, installiert sein. (Financial Times, 7. und 13.2.1986) -lou-

*(31)

Guangzhou Regelungen für Anteilscheine von Unternehmen

Die Stadt Guangzhou veröffentlichte experimentelle Regeln über die Kontrolle von Anteil- oder Anleihscheinen, die von Unternehmen mit dem Ziel herausgegeben werden, Finanzfonds zur Entwicklung des wirtschaftlichen Aufbaus aufzubringen. In den Jahren 1984 und 1985 nahmen die Aktivitäten von Industrie- und Handelsunternehmen zur Aufbringung von Fonds durch die Herausgabe von Anteilscheinen in der ganzen Provinz rasch zu. In der ersten Hälfte des Jahres 1985 betrug die Gesamtsumme der auf diese Weise angesammelten Fondsmittel 150 Mio. Yuan.

Die "Experimentellen Regelungen der Stadt Guangzhou über die Kontrolle von Anteilscheinen oder Anleihscheinen, die von Unternehmen herausgegeben werden" schreiben vor: Jene, die Anteilscheine begeben, müssen "Aktiengesellschaften" sein, die den Status von rechtlichen Einheiten erreicht haben; andere Unternehmen sollen keine Anteilscheine begeben. Der Gesamtbetrag der von einem Unternehmen begebenen "Aktien" soll nicht 30% des Nettowertes des offiziellen Vermögens überschreiten. Die Anteilscheine können transferiert, vererbt, als Geschenke weitergegeben und als Sicherheiten benutzt werden, sie sind jedoch unwiderruflich. Der Gesamtbetrag der Divi-

denden plus der Extradividenden, der von einem Unternehmen über das Jahr ausgeschüttet werden kann, soll nicht 12% des Aktienkapitals überschreiten; Dividenden können als Kosten betrachtet werden. Für den Fall, daß nur Extradividenden ausgeschüttet werden, soll ihr jährlicher Betrag nicht 15% des Aktienkapitals überschreiten.

In den Regelungen heißt es weiter: Unternehmen, die im Besitz des ganzen Volkes sind, und kombinierte Unternehmen auf der Basis verschiedener Wirtschaftsformen (nicht jedoch chinesisch-ausländische Joint Ventures und kooperative Unternehmen), die den Status von Rechtspersonen haben, haben das Recht, Anleihscheine auszugeben. Städtische Unternehmen im Kollektiveigentum, die eine gute Reputation, angemessene Finanzmittel haben, um die Anleihen plus Zinsen zurückzuzahlen, die weiterhin ausreichende Garantien besitzen, haben ebenso das Recht, begrenzte Mengen von Anleihscheinen auszugeben. Der Gesamtbetrag der Anleihscheine soll nicht den Nettowert des offiziellen Vermögens (einschließlich des Nettowertes des Anlagevermögens und des Realwertes des umlaufenden Kapitals) überschreiten. Die Zinsraten für Anleihscheine dürfen höchstens 20% höher sein als die Depositenzinsen, die von den Banken zur gleichen Zeit gewährt werden. Die Anleihscheine dürfen nicht frei auf dem Markt gehandelt werden, sie können jedoch weitergegeben, vererbt, als Geschenke vergeben oder als Sicherheiten durch finanzielle Institute benutzt werden.

In den Regelungen wird weiterhin festgeschrieben, daß Partei- oder Regierungsbüros, Massenorganisationen oder ihre Kader und Militärpersonen Anteilsscheine nicht erwerben dürfen (Da Gong Bao, 27.1.1986, zit. nach SWB, 31.1.1986) -lou-

*(32)

Einstweilige Steuerregelungen für Kleinbetriebe erlassen

Am 24.1.1986 veröffentlichte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua die einstweiligen Regelungen der Volksrepublik China über die Einkommenssteuer für städtische und ländliche individuelle Betriebe in der Industrie- sowie Handelsfirmen, die vom Staatsrat am 7.1.1986 verkündet worden waren.

In Art. 2 der Regelungen wird das steuerbare Einkommen als der Überschuß der Bruttoeinkommen im Steuerjahr über die abziehbaren Kosten, Ausgaben, Löhne, Verluste und jene vom Staat genehmigten vorsteuerlichen Ausgaben definiert.

Nach Art. 3 wird die Einkommenssteuer für die städtischen und ländlichen individuell betriebenen Industrie- und Handelsfirmen entsprechend der "Zehnstufigen Steuer-Tabelle für Einkommenssteuern zu progressiven Sätzen über Summen, die über die spezifizierten Beträge des versteuerbaren Einkommens hinaus gehen" berechnet, die sich im Anhang zu den Regelungen befinden.

Art. 4 sieht einen Zuschlag zwischen zehn und vierzig Prozent auf ein versteuerbares Einkommen von über 50.000 Yuan vor. Die spezifischen Regelungen für diesen Zuschlag werden von den Volksregierungen der Provinzen, autonomen Regionen oder regierungsunmittelbaren Städte formuliert werden.

Nach Artikel 5 können die Volksregierungen jenen Steuerzahlern, die wirklich Schwierigkeiten haben, Steuererlasse oder Befreiungen für bestimmte Perioden gewähren: erstens älteren Leuten ohne Kinder, Behinderten und Familienmitgliedern von Märtyrern, die in individuell betriebenen Unternehmen engagiert sind. Zweitens jenen, die dringend benötigte Dienstleistungen zur Verfügung stellen, die eine hohe Arbeitsintensität erfordern und niedrigere Einkommen erbringen als die gegebenen Standards.

Nach Artikel 6 werden die Steuern jährlich berechnet, Abschläge müssen jedoch monatlich oder vierteljährlich gezahlt werden. Die abschließende Steuerfestsetzung soll am Ende jedes Steuerjahres vorgenommen werden; Über- oder Unterzahlungen sollen dann ausgeglichen werden.

Nach Artikel 7 sollen die Steuern an die lokalen Steuerbehörden gezahlt werden.

Die Artikel 8 und 9 regeln die Registrierung für Aufnahme, Veränderung oder Beendigung der Geschäftstätigkeit.

Artikel 10 schreibt Rechnungsbücher vor. Für den Fall, daß der Steuerzahler diese Bücher nicht vorlegen kann, haben die Behörden das Recht, die Einkommenssteuer zu schätzen.

Die Artikel 12 bis 15 regeln die Zahlungsfristen, die Strafen für Nichtbeachtung der Vorschriften sowie Beschwerdemöglichkeiten bei den höheren Zollbehörden für den Fall, daß mit den unteren Behörden keine Übereinstimmung erzielt werden kann.

In Artikel 16 wird postuliert, daß das Finanzministerium für die Interpretation dieser Regelungen zuständig ist.

Die Regelungen treten nach Artikel 17 im Jahre 1986 in Kraft.

Die Einkommenssteuertabelle beginnt mit einem Steuersatz von 7% für ein Jahreseinkommen von weniger als 1000 Yuan und endet bei 60% für Jahreseinkommen von mehr als 30.000 Yuan. (Xinhua, 24.1.1986, zit. nach SWB, 28.1.1986) -lou-

*(33)

Preiskontrollstationen errichtet

In den städtischen Gebieten der Volksrepublik sind mehr als 4.000 Preiskontrollstationen errichtet worden. In vielen der größeren chinesischen Städte hätten, so die Volkszeitung, mehr als 20.000 freiwillige Preisüberwacher eine aktive Rolle beim Schutz der Konsumenteninteressen gespielt. Die Hochsaison im Einzelhandel, die mit dem chinesischen Neujahr am 9. Februar zusammenfiel, hatte die Staatliche Preiskontrollverwaltung veranlaßt, einen Aufruf an die Preisüberwacher zu erlassen, damit in dieser Zeit der Preisentwicklung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. (RMRB, 5.2.86) -lou-

*(34)

Privatunternehmen fühlt sich vom Staat gegängelt

Im Juli 1983 verließ der 48-jährige Wang Hongde seinen Arbeitsplatz beim Computerforschungsinstitut der Academia Sinica und gründete in Beijing die Jing Hai Industrial and Commercial General Company. Dem Unternehmen schlossen sich elf Professoren, darunter der bekannte Jiang Shifei, Präsident der China Computer Society, und 36 Ingenieure, die sich auf Computertechnologie spezialisiert hatten, von der Academia Sinica und anderen Institutionen an. Das Unternehmen begann mit einem Kredit in Höhe von 2 Mio. Yuan von chinesischen Banken, welcher schon weitgehend zurückgezahlt wurde. Das Unternehmen wurde drei Jahre lang von der Gewinnsteuer befreit, weil es 500 junge Menschen eingestellt hat, die anderswo keine Beschäftigung finden konnten. Zusätzlich wurden 60 Absolventen von Universitäten eingestellt. Zwischen Juli und Dezember 1983 machte das Unternehmen einen Gewinn von 400.000 Yuan. Im Jahre 1984 stieg der Gewinn auf 3 Mio. Yuan. Für 1985 wird ein Gewinn in Höhe von 4 Mio. Yuan erwartet. Diese Zahlen schließen nicht die Einnahmen aus den Filialen des Unternehmens und angeschlossenen Firmen ein.

Anfänglich beschäftigte sich das Unternehmen damit, Computerarbeitsräume für Forschungsinstitute, Regierungsabteilungen und an-

dere Organisationen zu entwerfen und einzurichten. Schnell weitete sich das Programm des Unternehmens aus: es wurde mit Computern sowie mit Computerprogrammen gehandelt. Mit 16 ausländischen Computerfirmen wurden Geschäftsbeziehungen angebahnt. Die Gestaltung von Computerarbeitsplätzen machen ca. 50% der Einnahmen des Unternehmens aus. Vom Unternehmen entwickelte Computersysteme bringen ca. 30% der Einnahmen ein. 50% der Gewinne werden reinvestiert, 20% werden für Pensionsrückstellungen genutzt und der Rest wird als Boni- und Sozialleistungen an die Belegschaft ausgeschüttet.

Nachdem es 1985 einen von der Regierung verordneten Rückgang bei den Importen von Computern gab, hat sich Qinghai auch in anderen Märkten engagiert. Kürzlich wurde mit einer Produktionslinie für Marmorverarbeitung begonnen; Marmor wird nun auch ins Ausland exportiert.

Die relativ schnellen Erfolge des Unternehmens riefen Beijinger Behörden auf den Plan, die die Gewinne des Unternehmens untersuchten. Seit Mitte 1985 darf Jing Hai nicht mehr als 10% Gewinne aus Importgeschäften machen. Diese Maßnahmen sind bereits spürbar geworden. Die Umsatzrendite sank von 15% im Jahre 1984 auf nur 10% in den ersten drei Quartalen des Jahres 1985.

Im dritten Quartal 1985 untersuchte ein Prüfungsteam die Geschäfte des Unternehmens. Das Team bemängelte, daß die Gewinne, die Gehälter und Boni im Jahre 1984 zu hoch gewesen seien. Empfohlen wurden niedrigere Gewinnziele. Wie jedoch ein Mitglied des Unternehmens sagte, ziele das Unternehmen sehr wohl auf hohe Gewinne ab, weil es eben ein wirtschaftliches Unternehmen sei. Die Kritik der Regierung, daß die Gewinne des Unternehmens zu hoch seien, sei nicht gerechtfertigt. Gegen Ende 1985 wurde in Beijing dekretiert, daß die Gewinnrate der Unternehmen nicht 12% überschreiten solle. Vorher gab es jedoch keine solchen Richtlinien. Nach Ansicht von Jing Hai solle die Regierung die gegenwärtigen Regeln auf die bereits zurückliegende Geschäftstätigkeit anwenden.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist Jing Hai aber ein florierendes Unternehmen. Von den rund 1.800 Kollektivunternehmen, die seit 1978 in Beijing gegründet wurden, sollen ca. 15% bereits gescheitert sein.

Jing Hai ist aber auch von anderen Kreisen kritisiert worden. Wie das Unternehmen selbst mitteilte, hätten einige Kunden über die Qualität der Produkte geklagt. Ein Ange-

steller einer amerikanischen Computerfirma bemängelte die rigide Geschäftspolitik von Jing Hai. Bezüglich eines Auftrages zur Lieferung einiger Minicomputer sei es zur Verstimmung gekommen. Nach den Angaben des Amerikaners wurden die Lieferungen durch Exportlizenzprobleme verzögert, was bei Technologiegeschäften in der Volksrepublik üblich ist. Jing Hai stornierte aber den Auftrag. Der Amerikaner teilte ferner mit, daß sich daraufhin die Beziehungen zu Jing Hai abgekühlt hätten. Einige chinesische Konkurrenten bezeichneten Jing Hai als gewinnhungrig. (AWSJ, 29.1.1986) -lou-

*(35)

Transport auf inländischen Wasserwegen soll belebt werden

Nach Jahren der Vernachlässigung sollen Chinas inländische Wasserwege nun ausgebaggert und repariert werden. Seit den späten fünfziger Jahren hatten Straßen und Eisenbahnen die Rolle der Wasserstraßen als Haupttransportstränge übernommen. Zuvor war ein Großteil des inländischen Frachtaufkommens über Flüsse und Seen transportiert worden. Die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Gebieten in den letzten Jahren hat jedoch zu einer lebhafteren Warenzirkulation geführt, und der Landtransport kann nicht länger Schritt halten mit dem steigenden Bedarf an Gütertransport.

Die Provinz Zhejiang investierte 1985 ca. 70 Mio. Yuan in den Bau von Kommunikationssystemen, die Hälfte dieser Summe ging in die Verbesserung der Wasserwege. Die Provinz Shaanxi wird 1986 20 Mio. Yuan investieren, um die Schifffahrt auf den Huang- und Hanshui-Flüssen zu verbessern.

In den nächsten fünf Jahren wird die Provinz Hubei 13 Schleusen auf dem Yangzi wieder eröffnen; das Fehlen dieser Schleusen behindert gegenwärtig noch die Schifffahrt.

Ende 1985 gab es in der Volksrepublik 19.000 km benutzte inländische Wasserwege. Der Gütertransport über Wasser betrug 1985 85,5 Mrd. tkm, das waren 12% mehr als im Vorjahr. Die Wachstumsrate der Frachtbeförderung auf den inländischen Wasserwegen überschritt diejenige der Straßen- und der Eisenbahnen. (XNA, 14.2.1986) -lou-

*(36)

Der Soziologe Fei Xiaotong über die Entwicklung auf dem Lande

Im Jahre 1938 schrieb der Soziologe Fei Xiaotong an der London School of Economics and Political Science eine Diplomarbeit über den Massen-

hunger in den ländlichen Gebieten Chinas. Im Alter von 75 Jahren ist der Präsident der Chinesischen Gesellschaft für soziologische Forschung optimistisch über die Entwicklung auf dem Lande. Die Bauern, so Fei, seien Chinas große Hoffnung für die Zukunft.

Seit 1979 hat Dr. Fei viele Male seinen Heimatkreis Wujiang in der Provinz Jiangsu aufgesucht, wo er seine Forschungen vor einem halben Jahrhundert begann. In den 1960er Jahren gab es in Dr. Feis Heimatdorf keine Industrie. Nun gibt es dort vier Fabriken mit einem gesamten Bruttoerzeugniswert von mehr als 3 Mio. Yuan pro Jahr oder viermal so viel wie der gesamte landwirtschaftliche Bruttoerzeugniswert. Sogar die Einnahmen aus den sogenannten Nebenerwerbsbeschäftigungen sind sehr viel höher als jene aus der Landwirtschaft. Das Prokopfeinkommen der Dörfler ist von 130 Yuan im Jahre 1980 auf 712 Yuan im Jahre 1985 gestiegen, also mehr als 312 Yuan als der nationale Durchschnitt für die Bauern.

Fei sagte, daß die Bauern nicht länger damit zufrieden seien, nur ihr Land zu bestellen, wie es ihre Eltern getan hätten. Viele hätten nun kleine Unternehmen gegründet, kleine Werkstätten und Fabriken. In seinem Heimatkreis arbeiteten 28% der Arbeitskräfte in der Industrie.

Die Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern änderten sich. In der Vergangenheit waren die ältesten das Haupt der Familie und erwarteten von allen anderen Gehorsam. Heute übernehmen die besser Ausgebildeten die Führung.

Dr. Fei stieß während seiner Untersuchungen auch auf Probleme und Widersprüche. Einige Bauern hätten Reichtümer auf Kosten der Interessen des Staates und des Volkes angehäuft. Diese Fälle seien aber isolierte Fälle und gäben nicht den Haupttrend der ländlichen Reformen wider. (XNA, 17.2.1986) -lou-

*(37)

Landwirtschaftsbank weitet Geschäftstätigkeit aus

Die ländlichen Bankkredite stiegen im Zeitraum zwischen 1981 und 1985 um 410% an, während die Einlagen um 172% wuchsen. Ende 1985 betrugen die Bankeinlagen 72,5 Mio. Yuan, die Kredite machten insgesamt 40 Mrd. Yuan aus. Am bemerkenswertesten war das Wachstum der Einlagen und Kredite von Privat in den ländlichen Gebieten.

Die privaten Einlagen aus den ländlichen Gebieten betrugen Ende 1985 56,5 Mrd. Yuan oder 4,8 mal so

viel wie 1980. Im Durchschnitt betrugen die Einlagen der ländlichen Bevölkerung pro Kopf 67 Yuan.

Die meisten sowohl an Private als auch an Kollektive vergebenen Kredite wurden zur Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion auf dem Lande in den letzten fünf Jahren eingesetzt.

Wie Chen Muhua, die Präsidentin der Volksbank, mitteilte, betrug die in den ländlichen Gebieten umlaufende Geldmenge 60 Mrd. Yuan, das waren 70% der im ganzen Land umlaufenden Geldmenge. Gegenüber dem Jahre 1984 erhöhte sich die Bargeldmenge in den Händen der Bauern um 25%. Chen schlug vor, die Spareinlagen zu erhöhen, und zwar mittels Dienstleistungszentren der Bank, die Anleihen ausgeben und die sonstigen Aktivitäten ausweiten sollten, um das Sparen anzuregen. (XNA, 1.2.86) -lou-

*(38)

Erfolge im Kampf gegen die Fluorverseuchung des Trinkwassers

Nach einer Mitteilung eines Funktionärs der Provinz Hebei haben nun zwei Mio. Bauern, die durch die Fluorverseuchung des Trinkwassers gefährdet waren, jetzt wieder reines Trinkwasser zur Verfügung. Ein hoher Anteil von Fluor im Trinkwasser gefährdete die Gesundheit von nahezu 37 Mio. Menschen in 16 Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Regionen in Nordchina.

In der Provinz Hebei benutzten 5,7 Mio. Menschen Trinkwasser mit einem hohen Fluorgehalt. Nach Mitteilungen eines Funktionärs des Amtes für die Kontrolle von endemischen Krankheiten schädigte dies die Zähne oder Knochen von 1,6 Mio. Menschen.

Seit 1981 sind staatliche Zuwendungen und örtliche Fonds dazu benutzt worden, 550 Wasserwerke zu bauen, um das Trinkwasser zu behandeln und das Fluor zu entfernen. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung von 1.700 Kindern zeigte, daß die Zahn-Fluorose in den letzten fünf Jahren um 62,5% zurückgegangen sei. In der Hauptstadt der Provinz Hebei, Shijiazhuang, gab es keine Anzeichen mehr für die Behinderung durch Fluor-Vergiftung. (XNA, 12.2.1986) -lou-

*(39)

Höhere Funktionäre und deren Kinder in Wirtschaftskriminalität verwickelt

Am 21.2.1986 verlautete in Beijing, daß gegen die Tochter eines der höchsten Würdenträger der Volksrepublik gerichtliche Ermittlungen

wegen eines Korruptionsskandals im Gange seien. Es handelt sich um Frau Fu Yan, Tochter des Parlamentspräsidenten und Mitgliedes des Ständigen Komitees des Politbüros der Partei, Peng Zhen. Die Ermittlungen wegen passiver Bestechung wurde nach der Entdeckung eingeleitet, daß die von Frau Fu geleitete Import-Export-Firma 1985 300.000 Tonnen Kohle unter dem offiziellen Preis ins Ausland verkaufte und dabei pro Tonne einen Dollar Schmiergelder einstrich.

Eine andere Quelle in Beijing bestätigte die Information einer kommunistischen Hongkonger Zeitung, nach der der Sohn des Politbüromitgliedes und renommierten Parteiideologen, Hu Qiaomu, im Mittelpunkt eines Korruptionsverfahrens stehe. Das Justizministerium hatte zu diesen Angelegenheiten nichts zu erklären. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit erklärte sich nicht unterrichtet.

Zum Fall Fu Yan hieß es: Sollten die Ermittlungen zu einer Verurteilung führen, würde sie vermutlich wegen der erstrangigen Stellung des Vaters niemals publik gemacht. Peng Zhen, der neben Deng Xiaoping einer der letzten Veteranen der chinesischen Revolution ist und großes Prestige genießt, hatte in einer seiner letzten Reden die Einhaltung der Gesetze durch die Parteimitglieder gefordert.

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitung Da Gong Bao befinden sich zahlreiche Prominentensöhne an der Spitze von Handelsfirmen, angeblich auch der Sohn von Peng Zhen, Fu Liang. Der Sohn von Bo Yibo steht dem Exportunternehmen "Peacock" für handwerkliche Erzeugnisse vor.

Der frühere Minister für Luftfahrt, Zhang Jun, und der stellvertretende Minister Chen Liancheng sind im Zusammenhang mit einem Schmuggelskandal ernsthaft verwarnt worden. Vier andere Kader, nämlich Zhu Hancheng, der stellvertretende Generaldirektor der Firma Guangyu, Li Hanwen, der Direktor der Hainan Trust Corporation, Hou Ruilin, ein Fabrikdirektor, und Chen Zhi, der stellvertretende Direktor eines Unternehmens des Ministeriums für Elektronik, wurden verhaftet. Ein weiterer Funktionär der Bank of China muß ebenfalls mit einer Klage rechnen.

Der Schmuggelfall hatte im Jahre 1984 bei der in Beijing ansässigen Industrie- und Handelsfirma Guangyu begonnen, die dem Ministerium für Luftfahrt angegliedert ist, aber kein Recht hat, sich mit Außenhandel oder Devisentransaktionen zu beschäftigen. Weitere beteiligte Organisationen waren ein

Unternehmen und eine Fabrik auf der Insel Hainan, die dem Ministerium für Elektronik angegliedert sind; die Filiale der Bank of China in Shijiazhuang in der Provinz Hebei; das Komitee für Außenhandelsbeziehungen der Verwaltungsregion Hainan sowie die Hainan International Trust and Investment Corporation. Nach Angaben der Untersuchungskommission hatte die Firma Guangyu im Dezember 1984 einen Vertrag mit einer französischen Firma unterzeichnet, der den Import von Farbfernsehgeräten vorsah. Insgesamt sollen 180.000 Farbfernsehgeräte im Werte von mehr als 40 Mio. US\$ geschmuggelt worden sein. Guangyu hatte von der Filiale der Bank of China Devisen bekommen und dann illegal eine Importlizenz gekauft. Im März 1985 fanden Zollbeamte in Hainan heraus, daß die Importlizenz ungültig war. (Financial Times, 8.2.1986; XNA, 7.2.1986) -lou-

TAIWAN

*
*

*(40)

Jiang Xiaowus neue Mission in Singapur

Am 17. Februar brachte die taiwanische Presse eine kleine, aber doch überraschende Nachricht, daß Jiang Xiaowu, Sohn des Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), zum stellvertretenden Vertreter der Handelsrepräsentation Taiwans in Singapur ernannt worden sei. Noch am folgenden Tag nach dieser Bekanntgabe traf er bereits zum Antritt seines neuen Amtes in Singapur ein (LHB, 18. und 19.2.86). Seit langer Zeit gab es Spekulationen, daß er die politische Macht seines Vaters erben würde. Außerdem ging das Gerücht um, daß er hinter dem Geheimdienst-Skandal bei der Ermordung von Henry Liu (Liu Yiliang alias Jiang Nan), Dissident und Autor einer kritischen Biographie über Jiang Jingguo, stünde.

In einem Interview mit der US-Nachrichtenzeitschrift "Time" vom 16. August 1985 sowie in einer Rede vom 25. Dezember des gleichen Jahres vor den Abgeordneten der Nationalversammlung hatte Präsident Jiang Jingguo betont, daß sein Amtsnachfolger nicht aus seiner Familie kommen werde (C.a. August 1985, S. 506f., Ü 46 und Dezember 1985, S. 811, Ü 43). Mit der Entsendung Jiang Xiaowus nach Singapur sollte nochmals seine Absicht demonstriert werden, seinen Sohn nicht zum Nachfolger zu designieren.

Jiang Xiaowu (42) ist der zweite Sohn von Jiang Jingguo. In den 60er Jahren hat er in der Bundesrepublik

Deutschland Politologie studiert (offenbar ohne Abschluß), seitdem arbeitete er beim taiwanesischen Rundfunk, in den letzten sechs Jahren als Generalmanager der Rundfunkgesellschaft "Broadcasting Corp. of China" (BCC), die zu der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) gehört. Angaben über ein Amt eines geschäftsführenden Sekretärs im Staatssicherheitsrat wurden offiziell nicht bestätigt.

Zwischen Taiwan und Singapur gibt es keine diplomatischen Beziehungen. Die Handelsrepräsentation ist ein halbamtliches Vertretungsorgan. Für Jiang Xiaowu selbst ist die Versetzung vom Generalmanagement der Rundfunkgesellschaft zum stellvertretenden Vertreter der Handelsrepräsentation in Singapur, der nur dem Status eines Vize-Generalkonsuls entspricht, sicher eher eine Degradierung als eine Beförderung. Darüber hinaus ist er nun weit vom Machtzentrum entfernt und gilt tatsächlich nicht mehr als Kronprinz.

Jiang Xiaowu hat drei Geschwister. Die Schwester ist in den USA ansässig; der ältere Bruder, Jiang Xiaowen, früher als Playboy bekannt, gilt dem Vernehmen nach seit längerem wegen einer Geschlechtskrankheit als Taugenichts; der jüngere Bruder, Jiang Xiaoyong, ist als Unternehmer tätig.

In Taiwan ist es ein bekanntes Geheimnis, daß der Präsident noch zwei uneheliche Söhne hat, die Zwillinge Zhang Xiaoyan und Zhang Xiaoci. Der erste hat in Belgien studiert und ist zur Zeit Leiter der Abteilung für Nordamerika im Außenministerium. Der jüngere Bruder, Zhang Xiaoci, ist Professor für Rechtswissenschaften an einer privaten Universität in Taipei. Noch vor kurzem hieß es, daß Zhang Xiaoyan zum stellvertretenden Vertreter der halbamtlichen Repräsentation Taiwans in Washington ernannt werden sollte. Stattdessen wurde nun sein Halbbruder, Jiang Xiaowu, überraschend nach Singapur entsandt (vgl. Taiwan Gonglunbao, USA, 17.2.86; Taipei Dangan, 27.1.86; DGB, 26.2.86; ZYRB, 10.2.86). -ni-

*(41)

Ergebnis der Kommunalwahlen

Am 1. Februar fanden in Taiwan Kommunalwahlen statt. Zu den 837 neu gewählten Abgeordneten von Kreisen und kreisfreien Städten gehören 665 oder 79,45% zu der Regierungspartei KMT (Kuomintang, d.h. Guomindang), die übrigen 172 oder 20,54% sind Oppositionelle. Überdies hat die KMT bei den Wahlen der Gemeindevorsteher und der Bürgermeister der kreisunmittelbaren

Städte 291 (94,17%) und die Opposition 18 (5,28%) der insgesamt 309 Ämter gewonnen (LHB, 3.2.86 u. CP 3.2.86).

Laut Angabe der KMT gehören sogar 679 (81,12%) der neugewählten Abgeordneten und 294 (95,15%) der Vorsteher bzw. Bürgermeister ihrer Partei an. Dazu haben noch weitere 26 der neugewählten Abgeordneten und 3 der neugewählten Ämter bereits beantragt, in die Partei einzutreten. Damit sollte ihr Wahlerfolg noch höher sein, d.h. 705 (84,23%) der Abgeordneten bzw. 297 (96,1%) der Ämter (ZYRB, 2.2.86). Allerdings muß man darauf hinweisen, daß es 17 neugewählte Abgeordnete und 23 Vorsteher gibt, die zwar zur Partei gehören, aber sich ohne Zustimmung der Partei, d.h. auch gegen die von der Partei nominierten Kandidaten an den Wahlen beteiligt haben (LHB, 5.2.86). Darüber hinaus hat die KMT im Vergleich zu den vorletzten Kommunalwahlen vor vier Jahren mit dem Erfolg von 80% der gewählten Abgeordneten bzw. 96% der gewählten Ämter eher noch eine geringe Schlappe erlitten (vgl. C.a., Jan. 1982, S. 13, Ü 43).

Im Vergleich zu den Wahlen auf höheren Regierungsebenen sind die Kommunalwahlen in Taiwan noch mehr von unpolitischen Faktoren wie Sippschaft, Interessengruppen und vor allem Geld beeinflusst. Diesmal hörte man besonders viel von Stimmenkauf. Darüber hinaus sind über 138 Kandidaten vor Wahlbeginn aus ihren Wahlbezirken ausgezogen, um damit ihre Kandidaturen automatisch zu verlieren. Man vermutete, daß es sich dabei um einen Kuhhandel zugunsten der Gegenkandidaten gehandelt habe. Die Anwendung von Geld als Wahlkampfmittel bestand nicht nur zwischen den Kandidaten verschiedener politischer Zugehörigkeit, sondern auch unter den Kandidaten der Regierungspartei - in vielen Wahlbezirken, wo es keine oppositionellen Kandidaten gab, hat die KMT auf die Nominierung von Kandidaten verzichtet und die Kandidaturen für alle Parteimitglieder freigegeben. So herrschte auch bei den Kreistagswahlen von Parlamentssprechern und deren Stellvertretern, wo die KMT überall die absolute Mehrheit besitzt, hohe Konjunktur beim Kuhhandel (vgl. LHB, 25.2. u. 2.3.86). Offenbar, nur um den äußerlichen Wahlsieg zu sichern, hat die Regierung, die mit allen Mitteln den Wahlkampf zuungunsten der parteilosen Opposition wiederholt eingeengt hatte, bislang bezüglich des Geldeinflusses auf die Wahlen immer ein Auge zuge-drückt, weil die lokalen und finanzstarken Kräfte zwecks ihrer eigenen Interessen natürliche Bündnispartner der konservativen